

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 02/2013

20. Jahrgang

51. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 6. März 2013

Gewerbegebiet Kirchsteigfeld ist seit fast 20 Jahren ein „Ladenhüter“:

Statt Brache lieber Wohnungsbau



Dass die Landeshauptstadt mit konzentrierter Wohnungspolitik auf den steigenden Bedarf der weiter wachsenden Einwohnerschaft reagieren muss, hat sich nicht zuletzt durch die Fraktion DIE LINKE durchgesetzt, die mit zahlreichen Anträgen die Aufmerksamkeit auf vor allem bezahlbare Wohnungen angesichts der stetig steigenden Mieten in der Stadt gelenkt hat. Die Vernichtung von Wohnungen in der Innenstadt im Haus des Reisens zu verhindern, war ihr gegen die geschlossene Rathauskooperation nicht gelungen. Die Perspektive des Wohnblocks am Alten Markt 10 mit 180 kleinen, bezahlbaren Wohnungen steht zur Disposition und erfordert weiter die Aufmerksamkeit der LINKEN.

Die Verhinderung des Abrisses weiterer Wohnungen zugunsten historischer Fassaden ist die ein „Baustelle“ der LINKEN, die zweite der Wohnungsneubau. Zu Jahresbeginn schlug sie in einem Antrag vor zu überprüfen, ob das ungenutzte Gewerbegebiet im Kirchsteigfeld nicht sinnvoller für den Wohnungsbau genutzt werden könnte. Im Januar hatte der Antrag auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung gestanden, war aber wegen des Zeitlimits nicht mehr verhandelt worden und auf die März-SVV vertagt worden. Im Antrag hieß es: „Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen,

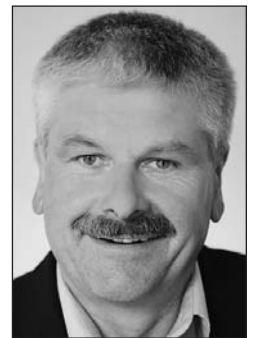
ob das geplante Gewerbegebiet im Kirchsteigfeld zumindest teilweise für den Wohnungsbau umgewidmet werden kann.“ Seit 1996 liege der größte Teil des erschlossenen Gewerbegebietes brach, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg. Alle Bemühungen, Gewerbe hier anzusiedeln, seien fehlgeschlagen. Es sei zu prüfen, ob und wann dieses Gebiet überhaupt für Gewerbe genutzt werden könne. „Demgegenüber brauchen wir zweifellos jede Wohnung in der Stadt“, sagte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN. „Es ist sehr wohl denkbar, über die Planungen der Stadt hinaus kurzfristig im Kirchsteigfeld 500 Wohnungen zu bauen.“ Der Prüfungsauftrag der LINKEN wurde knapp abgelehnt. Dagegen wurde ein Antrag von CDU/ANW in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen überwiesen, der die Umwidmung des gesamten Gewerbegebietes für den Wohnungsbau im Bebauungsplan erreichen soll. Er war einen Monat später, in Kenntnis des Antrages der LINKEN, eingereicht worden.

„Wir wollten eine Prüfung erreichen, wie dieses Gebiet möglicherweise auch teilweise für Wohnbebauung genutzt werden kann. Die Änderung des gesamten B-Planes sofort auf die Tagesordnung zu setzen, wird hoffentlich keine Finte sein, denn sie birgt die Gefahr einer pauschalen Ablehnung“, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg.

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

in einer fast harmonischen Sitzung, die bereits 20.30 Uhr endete, standen wichtige Themen an. So verbindet sich mit dem einstimmig gekürten Siegerentwurf des Gestaltungswettbewerbs für den Brauhausberg



nicht nur die Möglichkeit, einen attraktiven Standort für das neue Bad mit dem Bau von neuen Wohnungen zu verbinden, sondern auch das ehemalige Terrassenrestaurant Minsk in die Gestaltung des Brauhausbergs einzubeziehen. Auf Nachfrage stellte der Oberbürgermeister in Aussicht, den Erhalt des Minsk so lange wie möglich in den Planungen für die künftige Bebauung des Brauhausbergs zu berücksichtigen. Voraussetzung ist, dass sich ein Investor mit einem interessanten Nutzungskonzept findet. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Zeitplan eingehalten wird und das neue Bad Ende 2016 in Betrieb gehen kann. Nächster Schritt ist ein Realisierungswettbewerb, aus dem sich die konkrete Gestaltung des neuen Bades ableiten soll.

Sofort in die Ausschüsse überwiesen wurden die Ergebnisse und Empfehlungen der Arbeitsgruppe Potsdam 22, mit denen kommunale Wohnungspolitik und die soziale Dimension steigender Wohnkosten aufgezeigt werden. Wir beschäftigen uns intensiv mit dieser Vorlage, die eine Voraussetzung für ein wohnungspolitisches Konzept der Stadt ist und drängen auf eine schnelle Umsetzung der interessanten Vorschläge der Arbeitsgruppe, denn: Potsdam muss bezahlbar bleiben für die Potsdamerinnen und Potsdamer!

Ihr Hans-Jürgen Scharfenberg

Unnötige Geschenke



Ca. eine Million Euro sind noch übrig aus dem Bildungs- und Teilhabepaket und schlummern im Potsdamer Stadt-säckel. Auch wenn das Programm nur wenig mehr war als ein Tropfen auf den heißen Stein – unstrittig ist wohl, dass jeder Cent für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche gut angelegt ist. Ob für Mittagver-sorgung, Sport- und Freizeitangebote oder zusätzliche Projekte in der Schul-sozialarbeit – gebraucht würde viel mehr.

Dennoch hat der Kämmerer ange-kündigt, die bisher nicht verbrauchten Mittel an den Bund zurückzuführen – entgegen der Empfehlungen der Lan-desregierung und auch des Städte- und Gemeindebundes. „Die spinnen wohl“, kommentierte eine Leserin unseres facebook-SVV-Tickers.

Begründet wird die Idee mit der angeblich eindeutigen Gesetzeslage. So sicher scheint man sich seiner Sache dann aber doch nicht zu sein. Bei der wiederholten Diskussion über den LINKEN-Antrag, die Mittel in Potsdam zu behalten und zweckentsprechend einzusetzen, ruderte Burkhard Exner überraschend zurück. Freiwillig würde er niemals Geld an den Bund zurückgeben, sagte er im Plenum und bat um eine Rücküberweisung des An-trags in den Finanzausschuss.

Die Vernunft bekommt also eine zweite Chance und Potsdams Bürger eben-falls – nämlich zum Verzicht auf den einen oder anderen wenig originellen Sparvorschlag des Kämmerers für den neuen Haushalt.

*Stefan Wollenberg
Mitglied im Ausschuss für Bildung
und Sport und im Ausschuss für
Eingaben und Beschwerden*

Banner für die weiße Wand: „Schaufenster der Wissenschaft“

Dass die riesige kahle Wand der rekonstruierten neu gestalteten Stadt- und Landesbibliothek wenigstens vorübergehend gestaltet wird, bis es Anschlussbauten gibt, wurde schon im Dezember 2011 beschlossen. Inzwischen gebe es Vorschläge, sagte Dr. Karin Schröter, wann werden sie realisiert?

Dr. Iris Jana Magdowski antwortete, nach der Entscheidung, die recht eindeutig für ein Banner „Schaufenster der Wissenschaft“ gefallen ist, sollten zunächst nicht benötigte Mittel des Stadthaushaltes verwendet werden, die dann aber für das Karl-Liebknecht-Stadion eingesetzt werden mussten. Im Haushalt 2013/14 sollen die 20.000 Euro Kosten von der Öffentlichkeitsarbeit/Marketing getragen werden.

Lärmschutz durch Havelspanne

Ralf Jäkel wollte von der Verwaltung wissen, um wieviel die Lärmbelastung durch den Bau der sogenannten „Havelspanne“ als Verbindung zwischen B1 und B2 entlang des Bahndamms Templiner Sees mit Lärmschutzwänden unter Einbeziehung der vorhandenen Eisenbahntrasse gesenkt werden? Elona Müller-Preinesberger antwortete kurz und knapp: Dies sei eine Frage, die nicht konkret beantwortet werden könne, da keine Vergleichsdaten vorliegen.

Buswartehäuschen

Kaiser-Friedrich-Straße

Wann die Zusage zum Aufbau von Buswartehäuschen an den beiden Haltestellen Studentenwohnheim/Netto in Eiche realisiert werden, fragte Ralf Jäkel, der auch Ortsvorsteher von Eiche ist. Jann Jakobs erklärte, dass alle Mittel aus dieser Haushaltsposition für den Umbau der Haltestellen Stadthaus benötigt werden, der gerade begonnen hat. Danach gehe es nach Prioritäten, bei denen Sanierungen an erster Stelle stehen. Als Alternative hätte die Verwaltung die Nutzung der Standorte in Eiche für Werbezwecke angeboten, es gebe aber keine Interessenten.

Fahrstühle am

Bahnhof Charlottenhof

In einem zusätzlichen Budget zur Nachrüstung von Bahnhöfen mit Rolltreppen und Aufzügen war auch der Bahnhof Charlottenhof bedacht worden. Wann dies realisiert werde, fragte Ralf Jäkel. Matthias Klipp informierte, dass nach Rücksprache mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg im II. Halbjahr 2013 mit dem Einbau begonnen werde.

Hausmeister

Max-Dortu-Grundschule

Um die ausreichende fachgerechte Betreuung der Schulobjekte durch Hausmeisterpersonal ging es bei einer Frage von Stefan Wollenberg. Der Bildungsausschuss war informiert worden, dass der Arbeitsvertrag mit dem Hausmeister der Max-Dortu-Grundschule Anfang April ausläuft und die Eltern in einem Brief an die Verwaltung forderten, dass der Hausmeister bleiben soll. Zur konkreten Personalie werde er sich öffentlich nicht äußern, sagte Burkhard Exner. Im Konzept der notwendigen Personalreduzierung

werde aber gesichert, dass an jedem Schulstandort mindestens ein Hausmeister arbeitet.

Durchgang Schäferfeld

Eine unkomplizierte Lösung für einen Durchgang zum Schäferfeld gibt es offensichtlich nicht. Hans-Jürgen Scharfenberg fragte nach dem Stand der Verhandlungen mit dem Garagenverein über ein Tauschangebot für die beanspruchte Fläche. Burkhard Exner teilte mit, dass der Garagenverein das Tauschangebot ausgeschlagen habe. Die Nachfrage von Scharfenberg nach der Möglichkeit, das Tauschgrundstück für die Durchwegung herzurichten, verneinte Exner, dann müsse vermessen werden, Objekte abgerissen, ein Weg gebaut werden. Dafür stehe kein Geld zur Verfügung.

Russisch-orthodoxe Kirche

Bereits im Januar hatte der Baubeigeordnete Matthias Klipp zugesagt, Vertreter der russisch-orthodoxen Gemeinde einzuladen, um Einigung über den Bau deren Gemeinde-zentrums zu erreichen. Auf die Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfenberg erneuerte Klipp die Zusage, es fehle nur die Terminabstimmung.

Straßenreinigungssatzung

Die Veränderungen in der Straßenreinigungssatzung haben zu Protesten aus der Bevölkerung geführt, vor allem aus Babelsberg, wo erhebliche Veränderungen im Reinigungszyklus vorgenommen wurden und die Kosten sich drastisch erhöht haben. Wie viele Widersprüche gibt es, fragte Hans-Jürgen Scharfenberg. Bei rund 5000 bisher ergangenen Gebührenbescheiden sind 301 Widersprüche eingegangen, antwortete Elona-Müller Preinesberger.

Belegt wurde die Kritik bei den Betroffenen auch dadurch, dass von den zwölf Fragen zur Bürgerfragestunde allein acht zu den Straßenreinigungsgebühren, vor allem aus Babelsberg gestellt wurden. Unverständnis wurde über die neue Eingruppierung ihrer Straße in eine Reinigungsklasse von vierwöchentlichem in wöchentlichen Rhythmus geäußert, die nicht notwendig wäre, aber eine Vervielfachung der Kosten mit sich bringt. Die Beigeordnete versprach Einzelfallprüfungen.

Überwiesen in die Ausschüsse

Geh- und Radweg vom Hauptbahnhof zum Kiewitt

Eine Machbarkeitsstudie für den Bau eines durchgehenden Fuß- und Radweges entlang der Eisenbahnstrecke zwischen Hauptbahnhof und Kiewitt soll erarbeitet werden. Ralf Jäkel schlug vor, dabei auch die bereits existierenden Abschnitte an der Neustädter Havelbucht einzubeziehen und die Ergänzung des Systems der Uferwege zu untersuchen. Der Antrag der LINKEN wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen überwiesen.

Finanzielle Unterstützung des Bündnisses Faires Brandenburg e.V./Katte e.V.

Für die Aufrechterhaltung ihrer Arbeit für Lesben und Schwule in Potsdam brauchen die genannten Vereine dringend Unterstützung, da die Förderung durch das Land sich erstmalig lediglich auf den Landesverband beschränke und damit Miete und Betriebskosten für das Büro nicht mehr aufgebracht werden können. Zur Weiterführung ihrer erfolgreichen Projekte von Ausstellungen, Seminaren HIV/Aids-Prävention, bis zur Betreuung und Begleitung Hilfesuchender in Potsdam muss das Büro finanziert werden. Davon war auch der Gesundheits- und Sozialausschuss überzeugt, der dem Antrag der LINKEN zugestimmt hatte. In der Hauptausschusssitzung am 27. März soll das Ergebnis eines Finanzierungsweges mitgeteilt werden, wurde nun mehrheitlich beschlossen.

Elterngeld innerhalb von vier Wochen

Die Auszahlung des Elterngeldes dauert in Potsdam zu lange. Eltern müssen mitunter bis zu vier Monate warten. Der Antrag der LINKEN wurde beschlossen, so dass der Oberbürgermeister die Voraussetzungen zu schaffen hat, um eine Auszahlung des Elterngeldes innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen vier Wochen zu sichern. Im März 2013 soll er den Hauptausschuss informieren.

Fassadengestaltung Studentenwohnanlage Breite Straße

Freundlichere Fassaden sollen künftig die Studenten-

Kino Charlott – Sanierung oder Enteignung?



Die Stadtverordneten waren sich mehrheitlich einig darüber, dass der Zustand des ehemaligen Kino Charlott an der Zeppelinstraße nicht mehr hingenommen werden kann. „Seit mehr als zehn Jahren haben die Eigentümer offenbar nicht die Absicht, an dem Zustand ihres Besitzes etwas zu ändern“, begründete Karin Schröter den Antrag der LINKEN, der den Oberbürgermeister beauftragt, von den Eigentümern eine Veränderung des Erscheinungsbildes zu verlangen. Sollten die Eigentümer nicht bereit sein, ihre Immobilie „in einen akzeptablen Zustand zu versetzen, der dem öffentlichen Raum vor dem Bahnhof Charlottenhof und der Zeppelinstraße als einer Hauptverkehrsader Potsdams gerecht wird, ... ist zu prüfen, ob ein Enteignungsverfahren eingeleitet werden kann“. Bedarf für eine öffentliche kulturelle Nutzung im Stadtteil bestehe genügend, sagte Karin Schröter. In der April-Sitzung soll der Oberbürgermeister berichten.

wohnheime in der Breiten Straße bekommen. Das triste Grau war nicht nur ihm unangenehm aufgefallen, begründete Ralf Jäkel den Antrag der LINKEN. Er hatte bereits mit dem Bauherrn, dem Studentenwerk, gesprochen, dort habe man auf Vorschriften aus dem Bauamt verwiesen. Dem widersprach Matthias Klipp vehement, er begrüße den Antrag ausdrücklich. Es gebe keine Auflagen dieser Art, nur mit dem Engagement der Öffent-

lichkeit könne man auf die Fassadengestaltung des Studentenwerks Einfluss nehmen.

Der Antrag, in dem der Oberbürgermeister beauftragt wird, „den Wunsch der Bürgerschaft nach freundlicherer Farbgebung bei der Sanierung der Fassaden der Studentenwohnanlage Breite Straße 15 bis 21 an das Studentenwerk heranzutragen“, wurde mehrheitlich beschlossen. Im Mai soll berichtet werden.

Überwiesen in die Ausschüsse

Wasserversorgung nicht privatisieren

Die EU-Richtlinie zur „Konzessionsvergabe“ fördert unter anderem die Privatisierung der Wasserversorgung. Wasser müsse jedoch Allgemeingut bleiben und aus dieser Wettbewerbsfreigabe herausgenommen werden, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg. Der Landtag habe bereits einen ähnlichen Beschluss gefasst, und Potsdam habe Grund genug, die kommunale Wasserversorgung zu verteidigen, die ja schon einmal aus der Privatisierung zurückgekauft worden ist. Der Antrag wurde nicht sofort, sondern auf Antrag der SPD in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und ländliche Entwicklung überwiesen.

Geld aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes

Die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes sind 2012 nicht vollständig beansprucht worden. Nach einem Antrag der LINKEN sollen sie nicht – wie vorgeschrieben – an den Bund zurückgegeben werden. Stefan Wollenberg begründete, es gebe auf diesem Gebiet genügend Bedarf. Nur weil die Anspruchsberechtigten die Anträge scheuen, dürfe man das Geld nicht freiwillig

zurückgeben, man könne es zweckgebunden für Maßnahmen aus dem SGB VIII verwenden. Hans-Jürgen Scharfenberg plädierte dafür, gegen die Vorschrift zur Rückgabe zu verstoßen, da selbst die Landesregierung und der Städte- und Gemeindebund dazu raten, nicht in Anspruch genommene BuT-Mittel nicht zurückzugeben. Doch in der Verwaltung beharrt man auf der Auffassung, die Pflicht zur Rückgabe zu haben. Nachdem der Antrag bereits im Gesundheits- und Sozialausschuss und im Finanzausschuss behandelt worden ist, wurde er nun erneut zur Diskussion in den Finanzausschuss überwiesen.

Straßenbahntrasse nach Krampnitz frei halten

Im geplanten Entwicklungsgebiet Krampnitz soll eine Trasse für die Erschließung mit einer Straßenbahnlinie freigehalten werden, ebenso bei künftigen Planungen an der Nedlitzer Straße und in Neu Fahrland, damit die Option einer Verlängerung des Straßenbahnnetzes – wann auch immer – gegeben ist, begründete Ralf Jäkel. Eine nachträgliche Einordnung sei schwierig, wie kürzlich der Widerstand der Bevölkerung in Golm gezeigt habe. Der Antrag der LINKEN wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen und in die Ortsbeiräte Neu Fahrland und Fahrland überwiesen.

Kooperation mit Landkreis Potsdam-Mittelmark

Die Zusammenarbeit mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark soll vertieft werden. Dazu hatte die LINKE zwei Anträge eingebracht. Derjenige, der sich auf eine Kooperation auf dem Gebiet des ÖPNV bezieht, wurde mehrheitlich beschlossen. Die Zusammenarbeit sei überfällig, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg. Ziel sei „so viel wie möglich gemeinsamer ÖPNV“.

Nicht sofort zustimmen wollte die SVV dem Antrag der LINKEN zu prüfen, „ob und welche Leistungen für Inhaber des Ehrenamtspasses gemeinsam mit Potsdam-Mittelmark angeboten werden können“. In Potsdam-Mittelmark gebe es auch einen Ehrenamtspass. Man könnte die Angebote für ehrenamtlich Tätige gemeinsam anreichern, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg. Die Diskussion wurde in den Hauptausschuss überwiesen, da im April eine „Ehrenamtskarte“ des Landes eingeführt werden soll, die ein umfassendes Angebot im Land beinhalten soll, an dem sich Potsdam mit eigenen Leistungen von öffentlichen und privaten Einrichtungen beteiligen wird.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr
18. und 25. März 2013; 2.; 15. und 22. April 2013

52. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal
3. April 2013, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“

Kino-Café Konsum, Rudolf-Breitscheid-Straße 50/51, Stadtteil Babelsberg
07. April 2013, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 3/2013

Stadthaus, Raum 3.107
12. bis 17. April 2013 (außer Sa. und So.) Sie haben auch die Möglichkeit, den Rathausreport an den Info- Ständen der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen zu bekommen.

Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Mdl) und Fraktionsvorsitzender

am 19. März 2013 ab 16:30 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Vorankmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/2893051; Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

„Wohnungsbau ist zentrale Frage der Sozialpolitik“



Die Wohnungspolitik in der Stadt war bereits Thema in der Diskussion beim Rathausreport Live im Stern*Zeichen. „Die ganze Innenstadt wird Museum mit hochwertigen Wohnungen, und wir werden vertrieben“, sagte eine entüstete Bürgerin und gab damit das Gefühl vieler Potsdamer wieder, für die das Wohnen in der Landeshauptstadt immer mehr zur kaum noch zu finanzierenden Belastung wird. DIE LINKE verfolgt dieses Thema schon seit langem und hat mit der Forderung nach einem Konzept für erschwingliche Mieten auch die Bildung einer Arbeitsgruppe initiiert, die die Vorarbeiten für ein wohnungspolitisches Konzept bis 2022 leisten soll. Potsdam22 nennt sich demzufolge dieses Gremium, das die Probleme und Einflussmöglichkeiten analysieren sollte und gerade seinen Abschlussbericht vorgestellt hat. Wohnungswirtschaftler Carsten Hagenau vom Arbeitskreis Stadtspuren und Dr. Fritz Reusswig vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung waren der Einladung gefolgt und legten ihre Erkenntnisse dar.

„Wohnungsbau sei „die zentrale Frage der Sozialpolitik“ stellten sie fest – nicht nur für die Empfänger von Sozialleistungen, sondern auch der „Normalverdiener“. In Potsdam gebe es rund 85.000 Wohnungen, etwa 15.000

davon seien selbstgenutztes Wohneigentum, die restlichen 70.000 Wohnungen teilten sich etwa zur Hälfte in kommunale/genossenschaftliche Vermietung und private Vermietung. Da zum frei finanzierten Wohnungsbau ohnehin nicht alle Potsdamer Zugang hätten, konzentrierte sich der „bezahlbare“ Wohnungsbau auf die kommunalen und genossenschaftlichen Unternehmen. Es gebe kein großes Wohnungsunternehmen in der Stadt mit Existenzproblemen, daher könne man den „sozial verträglichen Wohnungsbau zur patriotischen Pflicht“ erheben. „Dieses Gefühl hat man in dieser Stadt nicht“, sagte Hagenau, der als Wohnungswirtschaftler genügend Erfahrung mit den Ämtern der Stadt hat. Die Zielstellung „Wir wollen das Problem lösen“ dürfe nicht „von der Kanzel gepredigt“ werden, sondern in der täglichen Arbeit auf allen Ebenen der Ämter spürbar werden. Hans-Jürgen Scharfenberg zog seine Schlussfolgerungen: Alles, was mit Wohnungen zu tun hat, muss vorrangig behandelt werden. Nachdem die Pro Potsdam seit drei Jahren keine Gewinne mehr an den Stadthaushalt abführen muss, sollte der nächste Schritt kommen: Der Stadthaushalt gibt der Pro Potsdam Mittel, damit sie ihrer Rolle beim sozialen Wohnungsbau gerecht wird.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam